

1600

An die
Vorsitzende des Hauptausschusses

über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über
Senatskanzlei - G Sen -

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltjahre 2018 und 2019
(Nachtragshaushaltsgesetz 2018/2019 – NHG 18/19)**

Hier: Erläuterung zu den 110 Stellen

Anlage: - Stellenanmeldungen

40. Sitzung des Hauptausschusses am 21. November 2018
Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/1440, rote Nr. 1550

Der Hauptausschuss hat in seiner oben bezeichneten Sitzung Folgendes beschlossen:

„SenStadtWohn wird gebeten, dem Hauptausschuss bis zum 30.11.2018 eine Gesamtaufschlüsselung aller zusätzlich geschaffenen Stellen im Nachtragshaushalt einschließlich des zugrundeliegenden Konzepts der einzelnen Stellen (u.a. Hintergrund, Bedarfe, Stelleninhalt) aufzuliefern“

Beschlussvorschlag

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Hierzu wird berichtet:

Auf Grundlage einer Analyse hinsichtlich der Handlungs- und Entscheidungsbedarfe für eine Beschleunigung des Wohnungsbaus und die Entwicklung der Stadtquartiere hat der Senat ein Handlungsprogramm zur Beschleunigung des Wohnungsbaus beschlossen. Darin enthalten war auch die erforderliche personelle Unterstzung zur Umsetzung des Programms. Für die Umsetzung der Maßnahmen werden nachfolgend konkrete Stellenbedarfe benannt, die tabellarisch als Anlage dargestellt werden. Die inhaltlichen Erläuterungen zu den Maßnahmen in den Einzelplänen 05 -10 erfolgten durch die jeweils zuständige Senatsverwaltung.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Schaffung zusätzlicher Planungskapazitäten in den Senatsverwaltungen. Diese sind notwendig für die zunehmend gesamtstädtischen Maßnahmen bzw. zur Erarbeitung von Planungsgrundlagen.

Sowohl die Baurechtschaffung als auch die Umsetzung der stadtpolitischen Ziele auf Grundlage bereits festgesetzter Bebauungspläne erfordern die intensive Begleitung und Abstimmungen bspw. mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften und privaten Grundstückseigentümern, aber auch mit den Belangen der Archäologie und der Denkmalpflege.

1. In der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen bedürfen folgende Maßnahmen deshalb dringend einer Ressourcenerweiterung für die **Schaffung weiterer Planungskapazitäten**: Alexanderplatz, Breite Str., Molkenmarkt, Bebauungspläne für die Sicherung öffentlicher Infrastruktur, wie ZLB und baukulturelle Begleitung von Einzelangelegenheiten in der Berliner Mitte. Darüber hinaus besteht ein erhöhter Planungsbedarf für die neuen Stadtquartiere. Der Stellenbedarf wird mit 22 Stellen (lfd. Nr. 2, 4 in der Tabelle in der Anlage) beziffert sowie anteilig mit zwei Stellen bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie für zusätzliche Planungs- und Steuerungskapazität für gesamtstädtische Maßnahmen (lfd. Nr. 10 und 11) auf die Planungsbedarfe der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz wird gesondert unter Punkt 5 eingegangen.
2. Die Stärkung der planenden Bereiche darf nicht zu einem Bearbeitungsstau im Bereich der **Rechtskontrolle und Widerspruchsbearbeitung** führen, diese Kapazitäten sind parallel zu erhöhen (lfd. Nr. 6, 7 in der Tabelle in der Anlage). Die Zahl der durchzuführenden Rechtskontrollen bei den Bezirklichen Plänen und auch die Abstimmung und Betreuung der planenden Stellen in der Senatsverwaltung nehmen zu. Eine auch im dringenden Gesamtinteresse Berlins liegende zeitnahe Betreuung besonders schwieriger und komplexer Bebauungsplanverfahren sowie die fristgerechte Bearbeitung von Rechtsprüfungen Bezirklicher Bebauungspläne ist ohne eine personelle Verstärkung nicht mehr leistbar.
Bislang wurden in Widerspruchsverfahren nur die strittigen Sachfragen entschieden. Danach wurde für die weitere Bearbeitung der zu erteilenden Baugenehmigung oder des Vorbescheides der Vorgang zurück in den Bezirk überwiesen. Künftig soll in einem Verfahrenszug direkt von der SenStadtWohn das Verfahren durch Erteilung eines Bescheides abgeschlossen werden.
3. Es wurden bisher ca. 350 Projekte durch die **Wohnungsbauzeitstelle** begleitet. Die Rolle der Wohnungsbauzeitstelle in Konflikt behafteten Fällen wird von allen Akteuren anerkannt. Die Übernahme und Begleitung weiterer Verfahren erfordert eine personelle Aufstockung der Leitstelle. Wohnungsbauvorhaben sind häufig durch komplexe Abstimmungsverfahren und Zielkonflikte zwischen Senats- und Bezirksebene sowie zwischen den Senatsressorts gekennzeichnet (Lärmbewältigung, Verkehr- und Erschließungsfragen, Wald, Denkmalschutz, Ausgleich- und Ersatz, Anwendung Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung durch die Bezirke, Entwicklung der sozialen Infrastruktur parallel zum Wohnungsbau). Derzeit können nicht alle Verfahren personell abgesichert werden, so dass bekannte Hemmnisse nicht zügig genug bearbeitet werden (lfd. Nr. 5 in der Tabelle in der Anlage).
4. Hinsichtlich der Entwicklung der neuen Stadtquartiere zeigt sich ein immer stärkerer Bedarf an ressortübergreifender Abstimmung und Zusammenarbeit. Im Rahmen einer **Task Force Stadtquartiere und Entwicklungsräume** sollen zügiger als bisher Koordinierungsplanungen für die jeweiligen Teilaräume erstellt werden. (lfd. Nr. 8 in der Tabelle in der Anlage). Aufgaben der Task Force sind: die Koordination der erforderlichen Planungsschritte, die Priorisierung von Maßnahmen, die zeitliche Synchronisation von Maßnahmen, die Schaffung von Voraussetzungen für die notwendige Flächenvorsorge sowie die Bereitstellung ausreichender Ressourcen. Damit soll erreicht werden, dass Nutzungskonkurrenzen gelöst werden, planerische Vorbereitungen für erforderliche Flächenankäufe geschaffen werden und damit die Aktivierung von Bauflächen beschleunigt wird.
Die unter der lfd. Nr. 10 und 11 bezifferten zwei Stellen bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie dienen anteilig auch hier der zusätzlichen Planungs- und Steuerungskapazität für eine kontinuierliche ressortübergreifende Abstimmung zwischen den zuständigen Senatsverwaltungen und Bezirken.
5. Konzeptionell macht die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz folgenden konkreten Bedarf für die Beschleunigung des Wohnungsbaus geltend (lfd. Nr. 1 in der Tabelle in der Anlage):

Kapitel 0700 - 2 Stellen: Zur Beschleunigung von Stellenbesetzungsverfahren und zur Planung und Steuerung und Entwicklung des künftigen Personalbedarfs in der SenUVK.

Kapitel 0710 - 2 Stellen: Techn. Angelegenheiten **Lärmschutz**, besonders schwieriger Einzelfälle des Vollzugs bei Baustellen im Zusammenhang mit Lärmschutz und Konflikten; Vollzug des Immissionsschutzes bei der Bebauungsplanung in schwierigen Fällen im Zusammenhang vorhandener gewerblicher/industrieller Nutzungen der heranrückenden Wohnbebauung.

Kapitel 0720 - 2 Stellen: Zur Beschleunigung des Wohnungsbaus ist es erforderlich, den Personalkörper nicht nur der planenden Behörden zu verstärken, sondern auch die maßgebenden Fachabteilungen, die von Beginn an eine erfolgreiche Realisierung durch **umfassende Beratung** ermöglichen. Eine frühzeitige Mitwirkung an den Planungsgrundlagen und eine personelle Verstärkung bei der Realisierung der Vorhaben (Planung, Zulassung, Bau) trägt maßgeblich zum Gelingen bei.

Kapitel 0730 - 7Stellen: Die angemeldeten Stellen werden benötigt, um für die zusätzlichen und mit hoher Priorität zu unterstützenden Wohnungsbauprojekten die notwendigen **planerischen Voraussetzungen zur verkehrlichen Erschließung**, zur Konkretisierung der ÖPNV-Planungen und Gestaltung der Verkehrswege sowie zur Begleitung der Projektentwicklungen, der Aufstellung der Bebauungspläne und der **Partizipationsverfahren** unterstützen zu können.

Kapitel 0740 - 2 Stellen: 1 x E 13 Straßenbau - 1 x A 14 Brückenbau - für zusätzliche **Planungsleistungen für Schaffung der Infrastruktur** in neuen Stadtquartieren

Kapitel 0750 - 9 Stellen: **Clearingstelle Wohnungsbau** - Landschaftsplanung - wachsende Stadt / Beratung (Landschaftsplanung und Folgenbewältigung von Wohnungsbauprojekten, Rechtsicherheit der übergeordneten Wohnbaustandorte) - Landschaftsplanung - Beschleunigung Wohnungsbau (Landschaftsplanerische Fachbeiträge, Beschleunigung Änderungsverfahren zum Landschaftsprogramm, Task Force Stadtquartiere) - Umsetzung der Kleingartenentwicklungsplanungen im Hinblick auf die wachsende Stadt - Projekt Begleitung und Prüfung von Bauplanungsunterlagen nach LHO §§ 24 und 54 - Projektmanagement für den Anteil Landschaftsbau bei Schulneubauten

Kapitel 0751 - 1 Stelle: **Waldumwandlungsverfahren** und Anträge zur Baumbeseitigung sowie Erstellung von Stellungnahmen im Rahmen von Bauanträgen und Bebauungsplänen sowie TÖB.

6. Die **Bezirke** als wesentlicher Akteur bei der Schaffung von Baurecht haben unterschiedliche Stellenbedarfe. Daher empfiehlt die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, dass den Bezirken insgesamt 35 Stellen (lfd. Nr.3 in der Tabelle in der Anlage) zur Verfügung gestellt werden. Die Stellen sollen Planungs- und Genehmigungsprozesse für Wohnungsbauprojekte auf Bezirksebene beschleunigen. Die Stellen müssen in den Stadtplanungsämtern (unter Berücksichtigung der bereits erfolgten Verstärkung durch die Task-Force), der Bauaufsicht, der unteren Denkmalschutzbehörde sowie bei Bedarf in den zusammenhängenden Fachbereichen (Schul-/Jugendamt, Umwelt-Naturschutzaamt, Straßenverkehrsamt) eingesetzt werden. Die 35 Stellen werden entsprechend der Wohnungsbaupotenziale (unter Beachtung der bereits erfolgten Verstärkung) sowie der jeweiligen Bedarfslage in Abstimmung mit den Bezirken etabliert. Die konkrete Umsetzung erfolgt in der organisatorischen Verantwortung der Bezirke. Diese Stellen müssen dem Ziel – der Beschleunigung des Wohnungsbaus und der Entwicklung von Stadtquartieren – entsprechend zum Einsatz kommen.
7. Personalmehrbedarf für die zügige **Durchführung der Trägerbeteiligung öffentlicher Belange** in den Senatsverwaltungen Inneres, Sport und Datensicherheit - insbesondere Standortplanung für Sportflächen, Feuerwehr und Polizei - sowie für Bildung, Jugend und

Familie - insbesondere Standortplanung für Schulen und Kindertagesstätten - (lfd. Nr. 9-11).

8. **Gewährleistung der erforderlichen Grundbucheintragungen** (lfd. Nr. 12 in der Tabelle der Anlage).

Rechtspfleger im Grundbuchamt prüfen Anträge und die dazugehörigen notariellen Urkunden formell und materiell-rechtlich auf ihre Eintragungsfähigkeit. Sofern die Eintragungsvoraussetzungen erfüllt sind, erfolgt durch den Rechtspfleger die Eintragung, Veränderung oder Löschung des dinglichen Rechts im Grundbuch. Die Verteilung der fünf zusätzlichen Stellen erfolgte entsprechend den Prognosen von SenStadtWohn zu den neuen Wohnquartieren:

Amtsgericht Köpenick: 1 Stellen – neue Stadtquartiere: Köpenick, Johannisthal/Adlershof
Amtsgericht Mitte: 2 Stellen – neue Stadtquartiere: Schumacherquartier, Europacity, Michelangelostraße, Blankenburger Süden, Buch

Amtsgericht Schöneberg: 1 Stelle – neue Stadtquartiere: Lichterfelde Süd

Amtsgericht Spandau: 1 Stellen – neue Stadtquartiere: Gartenfeld, Wasserstadt Oberhavel.

9. Zusätzliche Kapazitäten im Landesdenkmalamt zur **Beschleunigung** der im Hinblick auf den Wohnungsbau relevanten **Genehmigungsprozessen in Denkmalen und deren Umgebung** Umfasst u.a.: Denkmalfachliche Einvernehmensherstellung mit den Bezirken, denkmalfachliche Stellungnahmen für Bauleitplanung und TöB-Verfahren, Nachqualifizierung für rechtsverbindliche Auskünfte zum Schutzgutumfang. (lfd. Nr. 13 in der Tabelle der Anlage).

In Vertretung

Sebastian Scheel
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen

Nr.	Einsatzfeld	Bereich		Stellen-aufwuchs	Aufgabenprofil
1	Beschleunigung der Planungen in den Bereichen Verkehr und Mobilität, Freiraum, Wasser- und Brückenbau in den neuen Stadtquartieren	SenUVK 1 x A 10, 1 x E 9 im Kap. 0700 2 x E 14 im Kap. 0710 2 x E 13 im Kap. 0720 2 x A 14, 2 x A 13, 2 x E 14, 1 x E 13 im Kap. 0730 1 x A 14, 1 x E 13 im Kap. 0740 3 x A 14, 1 x A 13, 1 x E 14, 3 x E 13, 1 x E 12 im Kap. 0750 1 x E 9 im Kap. 0751		25	Beschleunigung Stellenbesetzungsverfahren; Lärmschutz; Beschleunigung von Verkehrs-, Landschafts und weiteren Planungsprozessen; Waldumwandlungsverfahren (siehe ausführliche Darstellung im Text)
2	Beschleunigung der Bebauungspläne für bedeutende Wohnungsbauvorhaben	SenSW Städtebau und Projekte, Wohnungswesen 2 x A 14, 4 x E 14 im Kap. 1220 6 x A 14, 8 x E 14 im Kap. 1240		20	Zusätzliche Planungskapazitäten für gesamtstädtische Maßnahmen sowie zur Erarbeitung von Planungsgrundlagen
3	Bezirksämter - Beschleunigung der Bebauungspläne für Wohnungsbauvorhaben	Mitte Friedrichshain-Kreuzberg Pankow Charlottenburg- Wilmersdorf Spandau Steglitz-Zehlendorf Tempelhof-Schöneberg Neukölln Treptow-Köpenick Marzahn-Hellersdorf Lichtenberg Reinickendorf	3 Stellen 3 Stellen 4 Stellen 2 Stellen 4 Stellen 2 Stellen 2 Stellen 2 Stellen 4 Stellen 3 Stellen 4 Stellen 2 Stellen	35	Kommunikation zwischen Land und Bezirke, Abstimmen von Prozessen, Sicherstellen eines Fachcontrollings, Unterstützung von Planungs- und Genehmigungsprozessen im Bezirk. Die Verteilung der 35 Stellen erfolgte analog der Herangehensweise der Mittelverteilung der Bündnisse für Wohnungsneubau und Mieterberatung in Berlin 2018 – 2021. Demnach erhält jeder Bezirk eine Stelle als Grundstock. Die weiteren 23 Stellen werden prozentual nach den Wohnbaupotenzialen sowie der Einwohnerzahl verteilt. Der Verteilungsschlüssel ist von den Bezirken für seine Transparenz gelobt und akzeptiert worden.

Nr.	Einsatzfeld	Bereich		Stellen-aufwuchs	Aufgabenprofil
4	Beschleunigung von FNP-Änderungsverfahren	SenSW Stadtplanung 2 x E 13 im Kap. 1210		2	zusätzliche Kapazitäten für die Vorbereitung und Durchführung von Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan
5	Schlichtung von Konflikten	Sen SW - Wohnungsbauleitung 1 x E 14, 1 x E 13, 1 x A 14 im Kap. 1200		3	Begleitung von Verfahren mit Konfliktpotenzial, Ansprechpartner für Investoren und Projektentwickler
6	Rechtskontrolle von B-Plänen	SenSW Städtebau und Projekte 6 x E 14 im Kap. 1220		6	Planungsrechtliche Begleitung und Betreuung von hauseigenen B-Plänen: Beratung, Rechtskontrolle und Festsetzung; Aufstellung und Festsetzung von hauseigenen VB-Plänen; Prüfung und Wahrnehmung von dringenden Gesamtinteressen (§ 17 AGBauGB) und planungrechtliche Beratung bei der Zulassung von Einzelvorhaben
7	Widerspruchsbearbeitung/ Durchentscheidung durch die Oberste Bauaufsicht	SenSW Städtebau und Projekte 2 x E 12 im Kap. 1220		2	Erteilung der Baugenehmigung im Rahmen des Widerspruchsvorverfahrens (sog. Durchentscheidung)

Nr.	Einsatzfeld	Bereich		Stellen-aufwuchs	Aufgabenprofil
8	Taskforce Stadtquartiere - Geschäftsstelle und planerische Umsetzung	SenSW Stadtplanung 1 x E 14, 3 x E 13, 2 x A 13, 1 x E 8 im Kap. 1210		7	Task Force Neue Stadtquartiere als permanente ressortübergreifende Steuerung, die die Abstimmungen zwischen den zuständigen Senatsverwaltungen und Bezirken verbessert und die Einbindung des Abgeordnetenhauses sicherstellt, Erstellung der Koordinierungspläne für die Entwicklungsräume Nordost, West und Südost, Monitoring sowie Fortschreibung der Planwerke
9		SenInnSportDS 1 x E 14 im Kap. 0500		1	Zusätzliche Kapazität im Rahmen von Trägerbeteiligungen öffentlicher Belange (TÖB) und zu erarbeitender Stellungnahmen im Zusammenhang mit bedeutenden Wohnungsbauvorhaben und FNP-Änderungsverfahren (insb. Sport-, Polizei- und Feuerwehrstandorte).
10	Trägerbeteiligung öffentlicher Belange (TÖB)	SenBJF 1 x E 13 im Kap. 1012		1	Zusätzliche Planungs- und Steuerungskapazität für gesamtstädtische Maßnahmen (wie Neue Stadtquartiere), für eine kontinuierliche ressortübergreifende Abstimmung zwischen den zuständigen Senatsverwaltungen und Bezirken sowie im Rahmen von Trägerbeteiligungen öffentlicher Belange (TÖB) und zu erarbeitender Stellungnahmen im Zusammenhang mit bedeutenden Wohnungsbauvorhaben und FNP-Änderungsverfahren (insb. Schulstandorte)

Nr.	Einsatzfeld	Bereich		Stellen-aufwuchs	Aufgabenprofil
11		SenBJF 1 x E 13 im Kap. 1040		1	Zusätzliche Planungs- und Steuerungskapazität für gesamtstädtische Maßnahmen (wie Neue Stadtquartiere), für eine kontinuierliche ressortübergreifende Abstimmung zwischen den zuständigen Senatsverwaltungen und Bezirken sowie im Rahmen von Trägerbeteiligungen öffentlicher Belange (TÖB) und zu erarbeitender Stellungnahmen im Zusammenhang mit bedeutenden Wohnungsbauvorhaben und FNP-Änderungsverfahren (insb. Daseinsvorsorge für die Kinder- und Jugendhilfe gem. § 46 KJHG)
12	Unterstützung der Arbeit der Grundbuchämter	SenJustVA 1 x A 11 im Kap. 0621 Amtsgericht Köpenick 2 x A 11 im Kap. 0623 Amtsgericht Mitte 1 x A 11 im Kap. 0626 Amtsgericht Schöneberg 1 x A 11 im Kap. 0627 Amtsgericht Spandau		5	Zusätzliche Kapazitäten (Rechtspfleger/innen) zur beschleunigten Bearbeitung von Grundstücksvorgängen in Bezirken mit geplanten neuen Stadtquartieren
13	Denkmalfachliche Einvernehmensherstellung	SenKultEuropa 2 x E 14 im Kap. 0841 Landesdenkmalamt		2	Zusätzliche Kapazitäten mit Ziel der beschleunigten Umsetzung von im Hinblick auf den Wohnungsbau relevanten Genehmigungsprozessen in Denkmalen und deren Umgebung. Umfasst u.a.: Denkmalfachliche Einvernehmensherstellung, denkmalfachliche Stellungnahmen für Bauleitplanung und TöB-Verfahren, Nachqualifizierung für rechtsverbindliche Auskünfte.
Gesamtsumme				110	